

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanstalt
Tageblatt Riesner
Fremde Nr. 20.
Postfach Nr. 52.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschmied, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesner, des Rates der Stadt Riesner, des Finanzamts Riesner und des Hauptzollamts Weissen beschränkterseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1530.
Stroßstraße
Riesner Nr. 52.

Nr. 156.

Mittwoch, 6. Juli 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Reklameweile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erstreckt sich, wenn der Betrag versandt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungen und Erfüllungsort: Riesner. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Riesneranten oder der Vertriebsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesner. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: F. Leichgräber, Riesner; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittsch, Riesner.

Goldene Ketten für Oesterreich.

Wohl als ein Jahrzehnt hat man gebraucht, um zu der Erkenntnis zu gelangen, daß die Politisierung der Weltwirtschaft und der nationalen Wirtschaften, soweit sie fremden politischen Einflüssen zugänglich waren, die Wurzel alles über die Welt heringebrochener Unheils ist. Im Augenblick, wo diese Erkenntnis sich praktisch zum ersten Male auswirken zu wollen schien, wird das Vertrauen der Welt auf den Beginn der Rückkehr zum gesunden Menschenverstand durch ein Weiserstück wirtschaftlichen Unverstandes aufs neue enttäuscht.

Das unglückliche Objekt dieser Leistung ist Oesterreich, das für die Gewährung der lebensnotwendig gewordenen Anleihe in Höhe von ca. 300 Millionen Schilling, also bei dem gegenwärtigen praktischen Kurs des Schilling ca. 130 Millionen Mark seine wirtschaftliche und politische Souveränität bis zum Jahre 1933 verfallen soll. Das wenigstens ist der Sinn oder würde doch die Wirkung sein des nunmehr im Entwurf vorliegenden Statutes über die neue österreichische Anleihe.

Das durch die Sinnlosigkeit des Friedensschlusses zur Existenzfähigkeit verdammt Oesterreich steht nicht zum ersten Male vor der Notwendigkeit, sich unter Verzicht auf wesentliche staatliche Rechte von seinen Gläubigern sanieren zu lassen, richtiger gesagt: helfen zu lassen, denn eine tatsächliche Sanierung dieses kümmerlichen Staates erscheint vor der Hand nicht möglich; es kann ihm nur immer wieder durch eine Anleihe über eine längere oder längere Frist hinweggeholfen werden. Selbstverständlich häufen sich dabei die Abzahlungs- und Zinsverpflichtungen dermaßen, daß angesichts der Unmöglichkeit, ihnen gerecht zu werden, politische Rechte dringender werden müssen.

Man muß den in Frankreich beheimateten geistigen Vätern des Statuts-Entwurfs für die neue Anleihe eine höfliche Weisheit in der Auswertung der Situation zubilligen. Bis 1913, dem Jahre, wo die letzte Rate der österreichischen Balfour-Anleihe vom Jahre 1912 fällig ist, steht Oesterreich ohnedies unter dem Druck des Protokolls von 1922, in dem zwar ausgesprochen wurde, daß die Geldgeber „die politische Unabhängigkeit, die territoriale Integrität und die Souveränität Oesterreichs achten“ wollten, das aber zugleich Oesterreich wagt, auf eine wirkliche Ausübung seiner Souveränität in lebenswichtigen Fragen zu verzichten. Dazu dieses Protokoll gut und auch gedacht war, wurde deutlich, als man unter Berufung darauf den ersten Versuch einer Rekonstruktion Mitteleuropas durch eine wirtschaftspolitische Annäherung zwischen Deutschland und Oesterreich sabotierte.

Jetzt geht man ein gewaltiges Stück weiter in der Politisierung der finanziellen Hilfsaktion für Oesterreich. Die österreichische Regierung soll einen Balfour-Berater akzeptieren, soll für bestimmte Operationen unter Umständen auf eine Genehmigung der Garantien angewiesen sein und soll überhaupt hinsichtlich der Verwendung des Anleihebetrages einer genauen Kontrolle unterworfen werden. Dieser Zustand bleibt aufrecht erhalten für die Dauer der Laufzeit der Anleihe, die ursprünglich fünf Jahre betragen sollte, nun aber auf ausdrücklichen französischen Wunsch auf 20 Jahre ausgedehnt ist, weil angeblich aus dem französischen Markt nur ein so langfristiges Papier placiert werden könnte.

Man möchte die Verantwortung für dieses politische Vorgehen in Frankreich nicht gern allein tragen. Man möchte vor allen Dingen Deutschland zum Mitträger der Verantwortung dafür machen. Zwar wollen England 100 Millionen, Frankreich gleichfalls 100 Millionen, Italien 30 Millionen, die Schweiz, Holland, Belgien, vielleicht auch Schweden, Dänemark, Spanien und Tschechoslowakei mit kleineren Beträgen sich an der Anleihe beteiligen, aber besonderen Wert legt man auf eine Beteiligung Deutschlands, sei es auch nur mit einem selbst unter heutigen Umständen so geringfügigen Betrage wie sieben Millionen Schilling. Man nennt diese Beteiligung eine „Anstandsquote“... und das ist immerhin ein guter, wenn auch grotesker Witz in dieser österreichischen Finanztragedie.

Hindenburg abgereift

Berlin, 6. Juli.

Reichspräsident von Hindenburg ist Dienstagabend in Begleitung seines Sohnes Oberst von Hindenburg nach Schloß Neudeck abgereift.

Deutsch-französischer Grenz Zwischenfall.

Virrasen s. (Zuspruch.) Wie aus dem Grenzort Ludwigswinkel gemeldet wird, erschienen dort heute vormittag aus Richtung Obersteinbach (Elsaß) zwei berittene Franzosen, ein Leutnant und ein Unteroffizier. Sie ritten bis zum Brunnen am Dorfandgang und trankten dort ihre Pferde. Auf Befragen erklärten die beiden Franzosen, daß sie sich verirrt hätten. Mittlerweile kamen aus dem Dorf einige deutsche Zollbeamte, bei deren Anblick die Franzosen sich auf ihre Pferde schlangen und im Galopp der Grenze zuritten. Die Zollbeamten verfolgten die Flüchtenden, konnten sie jedoch auf dem schlechten Wege mit ihren Fahrrädern nicht einholen. Einer der Franzosen sprach flehend deutsch. An der Verfolgung beteiligten sich auch zahlreiche Einwohner.

Ein Vermittlungsvorschlag Englands in Lausanne.

Neue Besprechungen, aber kein Ergebnis.

England schlägt 2,6 Milliarden vor

Gegenstand der gestrigen Verhandlungen, von denen die bisher letzte zwischen MacDonald und Herriot etwa zweieinviertel Stunde dauerte, war ein englischer Vermittlungsvorschlag, der auf eine Anregung Sir Walter Lambtons zurückgeht. In diesem Vorschlag hat man auf den ursprünglichen insoweit zurückgegriffen, als es sich nicht mehr um Annuitäten, sondern um eine Bondsausgabe handelt.

Die gesamte Morgenpresse gibt den Inhalt des englischen Vermittlungsvorschlages wieder, über dessen Einzelheiten der Pariser Vertreter in Lausanne folgendes berichtet:

Deutschland erklärt sich bereit, als Restzahlung für die Reparationen 2000 Millionen Goldmark zu zahlen, und zwar in Form von zwei ungeschuldeten Teilen. Der erste Teil umfasse eine Milliarde Goldmark und werde in Form von Bonds bestehen, die bei der Unterzeichnung des Abkommens beschafft werden würden. Diese Bonds würden nach einem vollkommenen Moratorium von drei Jahren zum Anse von 9 Prozent ihres Nominalwertes in Umlauf gebracht. Wenn nach weiteren 3 Jahren festgelegt werde, daß diese Bonds von den Märkten in normaler Weise aufgenommen worden seien, werde man eine 2. Tranche auflegen, und zwar 1000 Millionen Goldmark, die zu 95 Prozent ihres Nominalwertes ausgeben würden. Außerdem würde in dem Abkommen vorgelesen, daß diejenigen Bonds, die 13 Jahre nach Auslieferung der 2. Tranche nicht untergebracht werden konnten, annulliert werden müßten.

Allgemein wird dieser Vermittlungsvorschlag, der fallweise einseitig als deutscher Vorschlag bezeichnet wird, abgelehnt und zum Teil in scharfen Worten gegen die angeblich deutschseits gestellten politischen Bedingungen polemisiert. Aber kein Blatt empfiehlt den Abbruch der Verhandlungen, sondern im Gegenteil, alle lassen durchblicken, daß es notwendig sei, weiter zu verhandeln, um eine Verständigungsbasis zu finden. Wäre dies nicht der Fall, dann würden, wie die Blätter erklären, nicht die drei Abkommensentwürfe veröffentlicht, die MacDonald gestern den Delegationen habe zugehen lassen. Das erste Dokument enthält den Entwurf der Regelung der Reparationen zwischen Deutschland und seinen Gläubigern auf Grund des Vorschlages der Gläubiger vom 2. Juli, wobei die Summe der Paulschulden offen gelassen sei. Das 2. Dokument sei der Entwurf eines Gentlemen-Agreement der Gläubiger Deutschlands, wonach die Reparationsregelung erst nach Ratifizierung in Kraft trete, die die Mächte erst vorzunehmen sich verpflichteten, wenn sie bei Amerika eine befriedigende Regelung ihrer eigenen Schulden erlangt hätten. Das 3. Dokument sei ein Abkommen zwischen Frankreich und England und habe die Anpassung des englisch-französischen Schuldenabkommens an das Lausanner Abkommen zum Gegenstand.

Es handelt sich dabei in jedem Falle nur um Reichsschuldverschreibungen, d. h., die Reichsbahn scheidet vollständig aus. Man sprach davon, daß im Laufe des gestrigen Abends noch weitere Besprechungen stattfinden würden, die bisher stets zwischen MacDonald und den beiden Parteien getrennt voneinander geführt wurden und vorläufig noch nicht zu einer Aussprache zu dreien Gelegenheit gegeben hätten.

Die gestrigen Besprechungen in Lausanne.

Lausanne. Eine gestern nachmittag stattfindende Besprechung zwischen dem Reichskanzler, dem Reichsbankminister und MacDonald dauerte von 8.30 Uhr bis 4.45 Uhr. Beim Besprechen teilten die deutschen Delegierten auf Befragen fest, daß der Endtermin der Konferenz, den man hier bisher ziemlich allgemein am Donnerstag erwartete, noch nicht zu übersehen sei, da ein Fortschritt in den Verhandlungen noch nicht erreicht sei.

Herriot lehnt ab

Nach Informationen aus zuverlässiger französischer Quelle hat Herriot nach seiner Rückkehr von dem letzten Besuch bei MacDonald erklärt, die Summe, um die es sich bei dem gegenwärtig behandelten Vorschlag handele, sei minder entscheidend. Dagegen müsse er es unbedingt ablehnen, über politische Bedingungen zu verhandeln, die von deutscher Seite gestellt würden.

Es dürfte sich dabei im wesentlichen um Wünsche in bezug auf die Abrüstungsfrage handeln, da die Frage des Teiles VIII des Versailler Vertrages einschließlich des Artikels 231 in einem direkten logischen Zusammenhang mit der Endregelung der Reparationen steht.

Der Reichskanzler hat inzwischen Gelegenheit gehabt, aus dem Munde MacDonalds die Auffassung Herriots kennenzulernen, da er mit MacDonald am Abend sprach. Gegen eine bewußt scharf gehaltene Auffassung im französischen Lager scheint allerdings die Tatsache zu sprechen, daß Herriot Paul-Boncour gebeten hat, sofort nach Lausanne zu kommen. Das wird von französischer Seite mit dem Gang der Abrüstungsverhandlungen in Genf begründet.

Französische Intransigenz.

Lausanne. Das Bild in Lausanne hat sich gestern abend wieder nicht unerheblich verschoben. Nachdem die Erklärungen, die Herriot zunächst MacDonald und dann französischen Pressevertretern gegenüber abgegeben hat, eine beträchtliche Intransigenz auf französischer Seite zeigte. Darauf ist eine erhebliche Berichtigung eingetreten, deren Herbeiführung durch Herriot sich vielleicht dadurch erklärt, daß er zu der Ueberzeugung gekommen ist, auf dem Gebiete der Zahlen mit den französischen Forderungen nicht weiter zu kommen. Es werden deshalb noch bedeutendere Gründe als bisher herbeigebracht, um das zwischen MacDonald und den deutschen Delegierten besprochene Compromiß als unannehmbar bzw. in einzelnen Teilen indiskutabel zu bezeichnen.

Um die Höhe der deutschen Leistungen.

Lausanne. (Zuspruch.) Reichsfinanzminister Schwerin von Krosigk hat heute dem englischen Premierminister einen Besuch ab. Die verlaute, soll dieser Besuch hauptsächlich der Besprechung der technischen Seite gegolten haben. Es verlaute, daß sich der Schwerpunkt der Besprechungen nun mehr und mehr nach der Zifferfrage der deutschen Leistungen hin verchiebt. Jedoch ist im Augenblick noch nichts Näheres darüber bekannt.

Lausanne. (Zuspruch.) In den heutigen Besprechungen bei MacDonald hat es sich gutem Vernehmen nach nicht nur um die Auseinandersetzung der alliierten Gläubigermächte untereinander gehandelt, sondern es ist dabei auch versucht worden, einen gemeinsamen Vertragsentwurf auszustellen. Nach dem Besuche Herriots wurden solche Bemühungen im Lager der französischen Delegation und im Hause von Sir Keith-Roh fortgesetzt. Es soll sich dabei um einen Vertrag handeln zur Abgeltung der wechselseitigen Ansprüche zwischen allen beteiligten Nationen. Der Betrag für deutsche Leistungen ist natürlich einzuweisen offen gelassen worden. Doch scheint man sich zu bemühen, die Ziffer noch etwas in die Höhe zu treiben.

Heute nachmittag 4 Uhr findet eine Sitzung des Büros statt, die einzuweisen nur gedacht ist, um die Frage der Reparationen, also die Auseinandersetzung zwischen den Nachfolgestaaten endgültig zu klären. Es besteht jedoch die Möglichkeit, daß daraus eine formelle Sitzung des Gesamtbüros wird, an der dann auch Deutschland teilnehmen würde. Der Eindruck, daß man in französischem Lager hartnäckig den englischen Vorschlägen, die die deutsche Zustimmung unter gewissen Bedingungen gefunden haben, weiter Widerstand entgegensetzt, hat sich etwas abgeschwächt. Dieser Widerstand gilt im wesentlichen den politischen Forderungen, für die sich jedoch bei voller Aufrechterhaltung der deutschen Bedürfnisse in der Formulierung Möglichkeiten finden könnten, um eine Einigung herbeizuführen.

Die Vormittagsbesprechungen in Lausanne.

Reparationen und interalliierte Schulden.

Lausanne. (Zuspruch.) Die ursprünglich für gestern abend erwarteten entscheidenden Ereignisse sind nicht eingetreten. Die französischen und englischen Sachverständigen, die gestern bis in die späten Nachmittagsstunden verhandelt haben, sind auch heute vormittag wieder zusammengetreten. Wie verlaute, sollen ihre Besprechungen hauptsächlich einer Angleichung der französischen und englischen Vorschläge, die in Bezug auf die Methode der Ausgabe von Bonds erheblich auseinandergehen, gegolten haben. Ferner verlaute auch, daß man es für notwendig gefunden haben soll, gewisse Abänderungen des Gailleur-Churchill-Abkommens über die französischen Schulden bei England zu treffen, da in diesem Monat Frankreich an England eine Zahlung von 1 1/2 Millionen Pfund hätte leisten sollen.

Die Frage der Höhe der deutschen Leistung soll auch noch offen stehen. Es verlaute weiter, daß man einen Weg gefunden habe, die Sicherheitsklausel wegen der Schulden an Amerika irgendwie zu umgehen.

Die amerikanischen Delegierten auf der Abrüstungskonferenz hatten heute vormittag einen Besuch bei der englischen Delegation ab. Es wird betont, daß dieser Besuch ausschließlich der Abrüstungsfrage gegolten habe. Gestern abend stattete Grandi dem englischen Premierminister einen Besuch ab. Heute früh arbeiteten wieder die englischen mit den italienischen Sachverständigen zusammen. Herriot hatte mit MacDonald eine einstündige Unterredung.

Ein Milliardengeheim für Herriot.

Lausanne. (Zuspruch.) Damit bei diesen ernsten Verhandlungen auch der Humor zum Ausdruck kommt, sei hier folgende kleine Geschichte wiedergegeben:

Herriot, der bekanntlich gestern seinen Geburtstag feierte, hat unter der Fülle der eingelaufenen Glückwünsche einen Umschlag gefunden, der einen deutschen 5 Milliarden Schein aus der Inflationszeit enthält mit der Aufschrift: „Zum völligen Ausgleich!“